



Universität Hamburg: Februar 2023

### **Einstellungen zu Protesten und Menschenrechtsverletzungen im Iran und deren Zusammenhänge mit Muslimfeindlichkeit in Deutschland**

In Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien (GIGA) führt das Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg (UHH) seit November 2022 Online-Umfragen bei nach Alter, Geschlecht, Bildung und regionaler Herkunft geschichteten, repräsentativen Stichproben erwachsener Personen durch. Ziel der Studie „Menschen in Deutschland International“ (MiDInt) ([www.mid.uni-hamburg.de/mid-international/midint/midint-startseite.html](http://www.mid.uni-hamburg.de/mid-international/midint/midint-startseite.html)) ist es, den Einfluss international bedeutsamer Ereignisse und politischer Entscheidungen auf Einstellungen der Menschen in Deutschland zu erfassen. Im Rahmen dieser Studien werden im Abstand von zwei Monaten jeweils ca. 2 500 in Deutschland lebende Erwachsene befragt. MiDInt ergänzt insoweit die im Rahmen von MOTRA jährlich durchgeführte repräsentative Bevölkerungsbefragung „Menschen in Deutschland“ (MiD) und die alle zwei Jahre durchgeführte repräsentative Studie „Junge Menschen in Deutschland“ (JuMiD).

Die erste Welle von MiDInt fand zwischen dem 11. und 21. November 2022 statt. Themen waren unter anderem der Krieg in der Ukraine, der Zuzug von geflüchteten Menschen (vgl. dazu Richter et al. 2023), Sorgen mit Blick auf den Klimawandel und Meinungen zu der zeitgleich stattfindenden Weltklimakonferenz (vgl. dazu Brettfeld et al. 2023). Erhoben wurden weiter auch Einstellungen zu aktuellen Menschenrechtsverletzungen und darauf bezogenen Protesten im Iran.

Nach Abschluss von Qualitätskontrollen stehen aus der ersten Welle von MiDInt verwertbare Daten von insgesamt 2 429 Personen zur Verfügung. Diese Analytestichprobe kann – nach Überprüfung der Verteilung zentraler sozialer Merkmale – als qualitativ hochwertig und annähernd repräsentativ für die erwachsene Wohnbevölkerung in Deutschland eingestuft werden.

In diesem Spotlight werden zentrale Befunde der ersten Befragungswelle von MiDInt mit Blick auf die Einstellungen zu Protesten und Menschenrechtsverletzungen im Iran vorgestellt. Diskutiert wird auch, inwieweit Wahrnehmung und subjektive Deutungen dieser Geschehnisse Einfluss auf die Verbreitung von Intoleranz, Vorurteilen und Ablehnung gegenüber in Deutschland lebenden Muslimen haben können.

### **Relevanz der Proteste und Menschenrechtsverletzungen im Iran für politische Einstellungen der Menschen in Deutschland**

Ab September 2022 kam es in der Islamischen Republik Iran zu landesweiten Protesten gegen das herrschende Regime. Ausgangspunkt dieser Entwicklungen war der Tod von Jina Mahsa Amini, die von der iranischen Sittenpolizei wegen des Vorwurfs, die islamische Kleiderordnung nicht beachtet zu haben, inhaftiert wurde und am 16. September 2022 durch Polizeigewalt zu Tode gekommen war.

Die dadurch ausgelösten Proteste weiteten sich in der Folgezeit über das ganze Land aus. Als Zeichen der Solidarität verstießen viele Demonstrantinnen gezielt gegen die staatlich verordnete islamische Kleidungsordnung: Frauen nahmen öffentlich ihr Kopftuch ab, manche verbrannten dieses oder schnitten sich öffentlich ihre Haare ab. Das iranische Regime bezeichnete die Proteste als von außen gesteuert und kündigte drakonische Strafen an. Viele Demonstranten wurden durch die gewaltsam eingreifenden Sicherheits- und Polizeikräfte verletzt. Tausende Personen wurden verhaftet. Viele waren in der Haft Übergriffen und Folterung durch Sicherheitsorgane ausgesetzt. Mehrere inzwischen verhängte Todesurteile wurden mittlerweile vollstreckt.

Die Ereignisse im Iran lösten vielfältige Reaktionen aus. In Deutschland, so wie in den meisten westlichen Ländern, kam es zu Solidaritätsbekundungen innerhalb der Bevölkerung und seitens der Politik. So forderte



z.B. Bundesaußenministerin Baerbock am 09. Januar 2023 die Ausweitung von Sanktionen gegen Repräsentanten der Islamischen Republik Iran, nachdem zwei weitere Todesurteile gegen Regimekritiker im Iran vollstreckt worden waren.

Bei den Ereignissen im Iran handelt es sich um Vorgänge, die weltweit große Aufmerksamkeit erfahren haben. Auf politischer Ebene werden in Deutschland bis heute politische Reaktionen und Maßnahmen diskutiert, für welche auch die Frage ihrer Akzeptanz und Bewertung seitens der hiesigen Bevölkerung von Bedeutung ist. Insoweit ist es sowohl aus sozialwissenschaftlicher als auch aus politischer Sicht relevant, welche Meinungen Menschen in Deutschland zu diesen Ereignissen haben und welche Erwartungen sie damit an die Politik verbinden.

Etwa 6% bis 7% der deutschen Bevölkerung ordnen sich einer der islamischen Glaubensrichtungen zu. Zur Rolle des Islam und von Muslimen in Deutschland finden sich aktuell immer wieder kontroverse gesellschaftliche und politische Debatten. Es ist daher von hohem Interesse zu untersuchen, ob und in welcher Weise sich die wahrgenommenen politischen Entscheidungen und Handlungsweisen eines islamischen Staates auf die Einstellungen der deutschen Bevölkerung zum Islam und zu Muslimen auswirken. Insoweit ist zu fragen, inwieweit die Ereignisse in der Islamischen Republik Iran und deren subjektive Wahrnehmungen Folgen für das Zusammenleben von Menschen mit verschiedenen Religionsbekenntnissen sowie unterschiedlicher ethnischer und nationaler Herkunft in Deutschland haben.

Innerhalb des MOTRA-Forschungsvorhabens der UHH hat bereits die erste Welle der repräsentativen Studie „Menschen in Deutschland“ (MiD) für das Jahr 2021 zeigen können, dass ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung Haltungen erkennen lässt, die als Islamablehnung klassifiziert werden können (vgl. Wetzels et al. 2022, S. 43). So sprachen sich z.B. 15.3% der Befragten 2021 dagegen aus, dass auch Muslime ihre Religion in Deutschland frei ausüben dürfen. 30.8% waren der Ansicht, dass man aufpassen muss, dass Deutschland kein islamisches Land wird. Damit im Einklang stehend äußerten fast zwei Drittel der befragten Menschen mit muslimischer Religionszugehörigkeit, dass sie wegen ihrer Religion in den letzten 12 Monaten diskriminiert worden (Wetzels et al. 2022, S. 18).

Ähnlich stellt die aktuelle Leipziger Autoritarismusstudie fest, dass Muslimfeindlichkeit in Deutschland auch im Jahr 2022 weit verbreitet war. So gaben in Westdeutschland 23.6% und in Ostdeutschland 46.6% der Befragten an, Muslimen sollte der Zuzug nach Deutschland untersagt werden (vgl. Decker et al., 2022, S. 71 f.). Muslime wurden zudem von vielen Menschen als Bedrohung wahrgenommen. So gaben im Osten 42.7% und im Westen 36.6% der Befragten an, dass sie sich wegen der vielen Muslime in Deutschland manchmal wie Fremde im eigenen Land fühlen (vgl. Decker et al., 2022, S. 72).

Insoweit stellt Muslimfeindlichkeit ein relevantes Problem in der deutschen Gesellschaft dar. Vor diesem Hintergrund ist die Analyse von Faktoren, die Vorurteile gegen Muslime in unserer Gesellschaft beeinflussen, ein wichtiger Baustein für eine evidenzbasierte Prävention von Intoleranz und die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenlebens mit Blick auf in Deutschland lebenden Muslime.

### Meinungen der Bevölkerung zu politischen Maßnahmen angesichts der Ereignisse im Iran

Im Rahmen der 1. Welle von MiDInt wurden die Befragten gebeten anzugeben, inwieweit sie Reaktionen der deutschen Politik auf die Geschehnisse im Iran fordern bzw. diese unterstützen.

*Tabelle 1: Maßnahmen zur Unterstützung der Protestierenden im Iran*

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Deutschland sollte die Protestierenden im Iran unterstützen.	18.1	26.7	34.6	20.6
Wegen dieser Geschehnisse sollte Deutschland weitere Sanktionen gegen den Iran verhängen.	11.4	23.5	37.3	27.8
Deutschland sollte wegen der Proteste verfolgte Personen aus dem Iran unbürokratisch aufnehmen.	21.8	29.2	34.7	14.3

Mehr als die Hälfte der Befragten (55.2%) befürwortete eine Unterstützung der Protestierenden im Iran durch Deutschland, 65.1% sprachen sich für weitere Sanktionen gegen den Iran aus. Deutlich geringer war mit 49% die Rate derer, die einer unbürokratischen Aufnahme der wegen der Proteste verfolgte Menschen aus dem Iran in Deutschland zustimmen.

Ein Vergleich dieser Haltungen in Abhängigkeit von der Parteipräferenz der Befragten (vgl. Abbildung 1) zeigt diesbezügliche einige Unterschiede: *Unterstützungsmaßnahmen* werden - mit Ausnahme der Wähler der AfD - von allen Parteien befürwortet, am stärksten von den Wählern der Grünen (86.2%), gefolgt von den Wählern der SPD (64.5%) und der Linken (62.5%) sowie den Wählern der CDU (58.3%) und der FDP



(56.0%). Bei den Wählern der AfD finden Unterstützungsmaßnahmen für die Protestierenden im Iran hingegen keine Mehrheit (25.9%).

Die größte Einigkeit zwischen den verschiedenen Wählergruppen besteht im Hinblick auf die *Verhängung weiterer Sanktionen gegen den Iran*. Die Zustimmungsraten liegen hier zwischen 82.6% bei den Wählern der Grünen und 66.8% bei denen der Linken. Mit 45.3% finden Forderungen nach Sanktionen bei den Wählern der AfD hingegen keine Mehrheit.

Deutliche Unterschiede finden sich für die Aussage, dass *Verfolgte aus dem Iran unbürokratisch aufgenommen* werden sollten. Dies wird von den Wählern der AfD nur zu 15.7% befürwortet. Bei der CDU (45.4%) und der FDP (48.2%) befürworten dies knapp die Hälfte. Anhänger der SPD (62.5%), der Linken (60.9%) und der Grünen (79.4%) sprechen sich hingegen mit deutlicher Mehrheit für eine Aufnahme verfolgter Personen aus dem Iran aus.

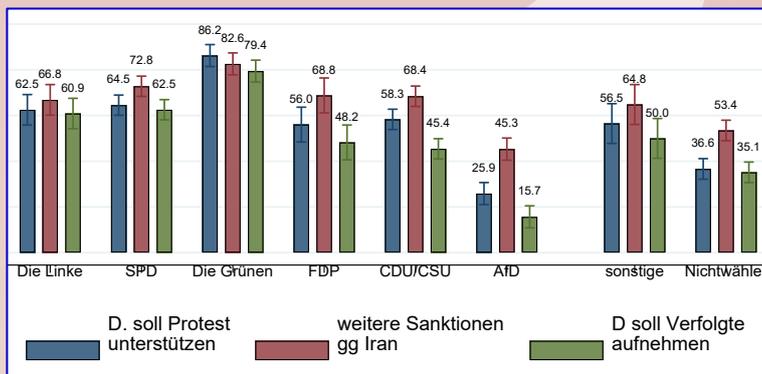


Abbildung 1: Unterstützung der Proteste im Iran nach Parteipräferenz (Zustimmung in %)

Eine relativ hohe Zurückhaltung mit Blick auf die Aufnahme von Flüchtlingen haben auch andere aktuelle Analysen der Daten unserer Studie zeigen können, die unabhängig von den Geschehnissen im Iran diese Frage verfolgt haben. Hier zeigte sich eine vergleichbar hohe Rate von Personen, die mit Geflüchteten Bedrohungsgefühle verbinden (vgl. Richter et al. 2023, S. 4). Ferner ließ sich experimentell nachweisen, dass öffentliche Verlautbarungen und dabei erfolgende Bewertungen des Flüchtlingszuzugs durch zivilgesellschaftliche Akteure und Entscheidungsträger erhebliche Auswirkungen auf die Akzeptanz geflüchteter Menschen seitens der Bevölkerung haben (vgl. Richter et al. 2023, S. 8 ff.).

### Bewertungen des Islam vor dem Hintergrund der Geschehnisse im Iran

Den Befragten wurden ferner Aussagen vorgelegt, welche die Vorkommnisse im Iran negativ - in Form einer generalisierten negativen Bewertung des Islam - oder positiv - als Beleg für ein Streben nach individuellen Freiheitsrechten in einer muslimischen geprägten Gesellschaft - bewerten.

Zwei Drittel (67.9%) stimmten der Aussage zu, die Vorfälle im Iran würden zeigen, der sei Islam unmenschlich.

Tabelle 2: Iranbezogene generalisierte Negativbewertung des Islam

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Diese Vorfälle im Iran zeigen, dass der Islam unmenschlich ist.	10.3	21.7	35.9	32.0
Frauen werden im Islam nie die gleichen Rechte haben wie Männer.	5.4	13.3	41.3	40.0
Diese Vorfälle bestätigen, dass es Demokratie im Islam nicht geben kann.	9.7	25.6	38.4	26.4

Mit 81.3% fand auch die Aussage, dass im Islam Frauen niemals die gleichen Rechte haben werden wie Männer, eine sehr hohe Zustimmung. 64.8% stimmten der pauschalisierenden Aussage zu, die Geschehnisse im Iran würden belegen, dass es im Islam keine Demokratie geben könne.

Solche an die Vorgänge im Iran anknüpfenden generalisierten Negativbewertungen des Islam sind bei den Anhängern der verschiedenen Parteien ähnlich weit verbreitet. So ist die die Zustimmung zu der Aussage, dass Frauen im Islam nie die gleichen Rechte haben werden wie Männer, bei Wählern aller Parteien über 70% (sie schwankt zwischen 73.0% und 87.5%).

Die Sichtweise, dass diese Vorfälle ein Beleg für die Unmenschlichkeit des Islam seien, wird von den Anhängern der verschiedenen Parteien überwiegend in vergleichbaren Maße geteilt. Nur Anhänger der Grünen stimmen dieser Aussage mit 51.5% zwar mehrheitlich, aber in einem geringeren Maße als die anderen zu. Die Raten derer, die der Aussage zustimmen, es

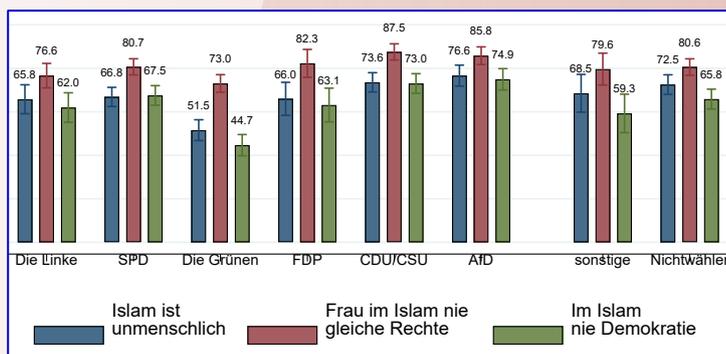


Abbildung 2: Generalisierte Negativbewertung des Islam nach Parteipräferenz (Zustimmung in %)



Werde im Islam nie Demokratie geben, liegt mit 44.7% bei den Wählern der Grünen am niedrigsten und bei denen der CDU mit 73.0% und der AfD mit 74.9% am höchsten.

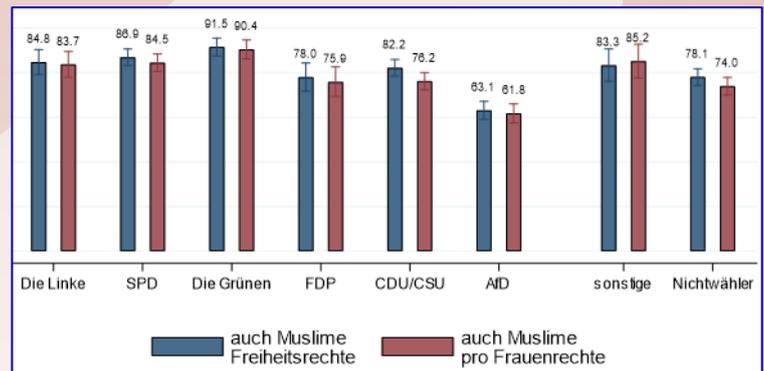
Bei einer großen Mehrheit der Befragten lassen sich allerdings zugleich Hinweise darauf finden, dass die Ereignisse im Iran als ein Streben von Muslimen nach mehr Freiheits- und Frauenrechten einzuordnen sind. So stimmen 81.1% der Befragten der Aussage zu, die Proteste im Iran würden zeigen, dass auch Muslime

**Tabelle 3: Proteste als Bestrebung von Muslimen nach Frauen- und Freiheitsrechten**

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Diese Proteste zeigen, dass auch Muslime großen Wert auf Freiheitsrechte legen.	6.2	12.8	47.8	33.3
Die Proteste im Iran zeigen, dass auch Muslime sich für Frauenrechte einsetzen.	5.6	16.2	48.4	29.8

großen Wert auf Freiheitsrechte legen bzw. dass auch Muslime sich für Frauenrechte einsetzen (78.2%). Ansichten, wonach die Proteste im Iran nicht ein Streben nach Freiheits- und Menschenrechten dokumentieren, sind damit klar in der Minderheit.

Das gilt - trotz einiger Differenzen im Ausmaß - über die Parteigrenzen hinweg. Bei den Wählern der AfD sind die Raten derer, die ein Streben nach Frauen- und Freiheitsrechten durch Muslime sehen, mit Abstand am niedrigsten (63.1% und 61.8%). Besonders stark ausgeprägt ist die Deutung der Proteste als ein Streben nach mehr individuellen Rechten bei den Grünen (Freiheitsrechte 91.5% und Frauenrechte 90.4%).



**Abbildung 3: Proteste als Bestrebung von Muslimen nach Frauen- und Freiheitsrechten nach Parteipräferenz (Zustimmung in %)**

### Verbreitung muslimfeindlicher Einstellungen in Bezug auf Deutschland

Im Rahmen von MiDiInt wurden die Teilnehmenden auch zu verschiedenen Formen von Vorurteilen gegenüber Fremdgruppen oder Minderheiten in Deutschland befragt. Unter anderem wurden ihnen drei in der Forschung etablierte Aussagen zur Erfassung von Muslimfeindlichkeit vorgelegt.

Bei 56.1% findet sich die Ansicht, es gebe zu viele Muslime in Deutschland und 43.5% stimmen der Aussage zu, Deutschland werde ein islamisches Land, wenn wir nicht aufpassen.

**Tabelle 4: Muslimfeindliche Einstellungen in Bezug auf Deutschland**

	stimme gar nicht zu	stimme eher nicht zu	stimme eher zu	stimme völlig zu
Es gibt zu viele Muslime in Deutschland.	16.7	27.2	31.0	25.1
Wenn wir nicht aufpassen, wird Deutschland ein islamisches Land.	28.9	27.7	24.8	18.7
Muslime sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft und gehören zu Deutschland.	23.7	30.8	34.7	10.8

Zugleich lehnen 54.5% der Befragten die Aussage ab, dass Muslime ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind und zu Deutschland gehören. Damit sind bei ca. der Hälfte der Befragten muslimfeindliche Einstellungen in Bezug auf Deutschland erkennbar.

### Effekte der Wahrnehmungen und Bewertungen der Ereignisse im Iran auf die Ausprägung muslimfeindlicher Einstellungen in Bezug auf Deutschland

Um zu analysieren, inwieweit die Bewertungen der Ereignisse im Iran mit Muslimfeindlichkeit in Deutschland zusammenhängen und ob diese ggfs. zur Verschärfung muslimfeindlicher Einstellungen in Deutschland führen könnten, wurden drei Mittelwertskalen mit Ausprägungen zwischen 0 und 100 gebildet. Ausprägungen und Änderungen auf diesen Skalen können direkt im Sinne von Prozentpunkten interpretiert werden. Als erste Skala wurde auf Basis der Angaben aus Tabelle 4 eine Skala zur Messung von *Muslimfeindlichkeit* gebildet. Der Mittelwert (MW) der so bestimmten Muslimfeindlichkeit bezogen auf Deutschland liegt bei MW=51.7, die Standardabweichung (SD) bei SD=30.1.

Zur Erfassung des Ausmaßes der *generalisierenden Negativbewertung des Islam* vor dem Hintergrund der Geschehnisse im Iran wurden die in Tabelle 2 genannten drei Aussagen verwendet. Die so bestimmte generalisierte Negativbewertung des Islam fällt mit einem Mittelwert von MW=65.2 (SD=25.2) deutlich höher aus als die Muslimfeindlichkeit mit Deutschlandbezug.

Die in Tabelle 3 dargestellte Bewertung der Ereignisse im Iran als Bestrebungen iranischer Muslime nach mehr Frauen- und Freiheitsrechten wurden verwendet, um eine Skala der Wahrnehmung von *Freiheitsbestrebungen durch Muslime* im Iran zu bilden. Der Mittelwert dieser Skala beträgt MW=68,4 (SD=25,2). Damit ist die Deutung der Vorfälle im Iran als Hinweis auf ein Streben von Muslimen nach mehr individuellen Freiheitsrechten etwas stärker ausgeprägt als die generalisierte Negativbewertung des Islam.

Bivariat zeigen sich deutlich ausgeprägte, gegenläufige Zusammenhänge zwischen den Bewertungen der Vorgänge im Iran und dem Ausmaß der Muslimfeindlichkeit mit Bezug zu Deutschland (vgl. Abbildung 4). Für Personen mit einer hohen generalisierten Negativbewertung des Islam - d.h. deren Wert über dem Skalenmittepunkt von 50 liegt - findet sich eine erheblich höhere Muslimfeindlichkeit in Bezug auf Deutschland (MW=58,1) als bei Personen, die keine ausgeprägte generalisierte Negativbewertung des Islam erkennen lassen (MW 33,8).

Gleichzeitig gilt aber auch: Je stärker die Ereignisse im Iran als Beleg für ein Streben von Muslimen nach mehr Frauen- und Freiheitsrechten gedeutet werden, desto niedriger ist das Ausmaß der Muslimfeindlichkeit mit Bezug zu Deutschland.

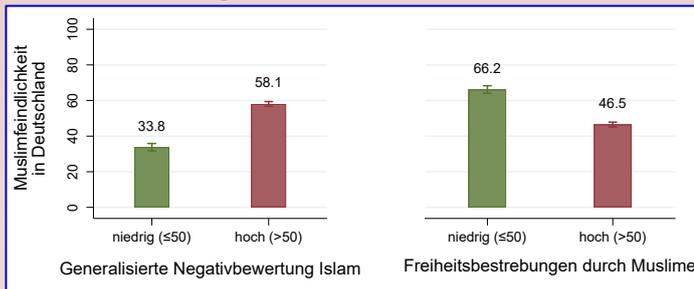


Abbildung 4: Mittelwerte der Muslimfeindlichkeit in Deutschland nach Bewertung der Ereignisse im Iran

So ist bei einer hohen Ausprägung der Wahrnehmung der Vorgänge im Iran als Beleg der Bestrebung von Muslimen nach mehr Frauen- und Freiheitsrechten das Ausmaß der Muslimfeindlichkeit in Bezug auf Deutschland mit MW=46,5 deutlich niedriger als bei Personen, die ein Freiheitsstreben von Muslimen im Iran nicht in diesem Maße erkennen. Bei diesen findet sich ein Mittelwert der Muslimfeindlichkeit von MW=66,2.

### Ergebnisse multivariater Prüfungen der Effekte auf Muslimfeindlichkeit

Diese bivariat erkennbaren Effekte der Wahrnehmungen und Deutungen der Ereignisse im Iran auf die Ausprägung von Muslimfeindlichkeit in Deutschland wurden auch multivariat untersucht. Über Regressionsmodelle wurde geprüft, ob diese beiden Aspekte der Wahrnehmungen der Vorgänge im Iran auch dann noch signifikante Effekte auf das Ausmaß muslimfeindlicher Einstellungen in Bezug auf Deutschland haben, wenn die Wirkungen von Alter, Geschlecht, Bildung, regionaler Herkunft (West/Ost) und Migrationshintergrund berücksichtigt und statistisch kontrolliert werden.

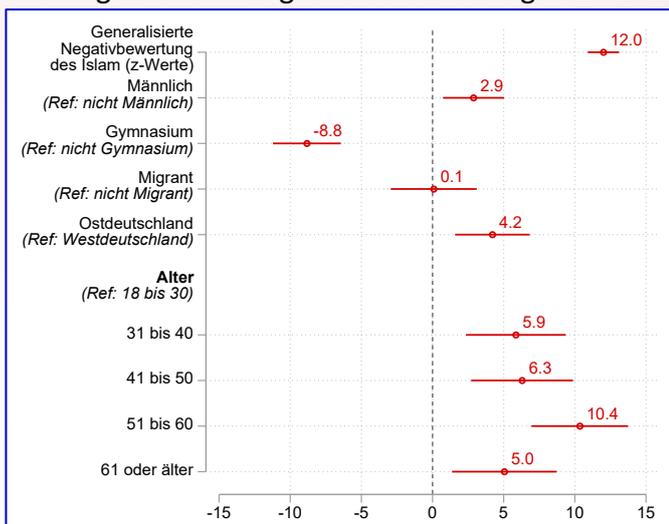


Abbildung 5: Effekte generalisierter Negativbewertung des Islam auf Muslimfeindlichkeit in Deutschland nach Kontrolle soziodemographischer Variablen (Z-Werte)

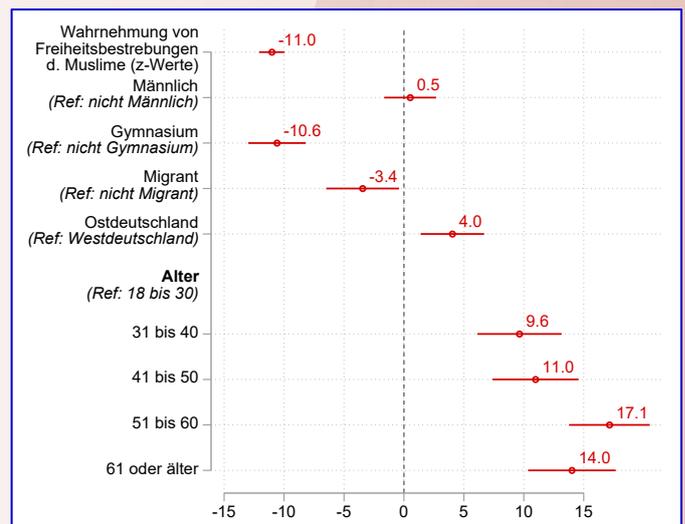


Abbildung 6: Effekte der Wahrnehmung von Freiheitsbestrebungen durch Muslime auf Muslimfeindlichkeit in Deutschland nach Kontrolle soziodemographischer Variablen (Z-Werte)

Im Ergebnis finden sich sowohl für die *generalisierte Negativbewertung des Islam* als auch für die *Wahrnehmung von Freiheitsbestrebungen durch Muslime* im Iran, auch nach multivariater Kontrolle soziodemografischer Merkmale, signifikante und starke Effekte auf die Ausprägung der Muslimfeind-



lichkeit in Deutschland: Eine um eine Standardabweichung erhöhte generalisierte Negativbewertung des Islam führt zu einer Erhöhung der Muslimfeindlichkeit um 12.0 Prozentpunkte (Abbildung 5). Demgegenüber führt eine stärkere Deutung der Vorgänge im Iran als Beleg von Freiheitsbestrebungen durch Muslime um eine Standardabweichung zu einer Verminderung der Muslimfeindlichkeit in Deutschland um 11.0 Prozentpunkte (Abbildung 6).

### Zusammenfassung und Ausblick

Die erste Welle der Befragung „Menschen in Deutschland: International“ (MiDInt) konnte zeigen, dass eine Unterstützung der protestierenden Menschen im Iran von der deutschen Bevölkerung mit weit überwiegender Mehrheit befürwortet wird. Auch für weitere Sanktionen gegen das iranische Regime findet sich eine große Mehrheit. Eine unbürokratische Aufnahme verfolgter Personen aus dem Iran findet im Vergleich dazu deutlich weniger Akzeptanz. Insoweit bestätigt sich ein auch aus anderen Studien bekanntes Problem der Akzeptanz des Zuzugs fliehender, schutzsuchender Menschen nach Deutschland. Weiter wurde festgestellt, dass muslimfeindliche Haltungen in Deutschland weit verbreitet sind.

Diese Verbreitung von Muslimfeindlichkeit in Deutschland steht auch in Zusammenhang mit der Wahrnehmung der Vorfälle im Iran und deren Bewertung: Je stärker Personen die Vorgänge im Iran pauschalisierend als Belege für eine Menschenrechts- und Demokratiefreundlichkeit des Islam insgesamt ansehen, desto höher ist das Ausmaß ihrer Muslimfeindlichkeit in Bezug auf Deutschland. Zum anderen können die Proteste im Iran aber auch als wachsendes Bestreben von Muslimen für individuelle Freiheitsrechte bewertet werden. Eine solche Sichtweise geht mit einer deutlichen Verringerung der Muslimfeindlichkeit einher. In der Summe lässt sich damit festhalten, dass die Vorgänge im Iran für (De)Radikalisierungsprozesse in Bezug auf Intoleranz und Muslimfeindlichkeit hoch relevant sind.

Bei den hier vorgestellten Befunden ist zu beachten, dass diese auf Basis von Querschnittdaten gewonnen wurden. Beim derzeitigen Stand der Analysen kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Bewertungen der Vorgänge im Iran vor dem Hintergrund bereits zuvor bestehender Haltungen zum Islam und bereits etablierten Einstellungen gegenüber Muslimen erfolgten. Um kausale Effekte der Wahrnehmung solcher Ereignisse auf die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber den in Deutschland lebenden Muslimen genauer bestimmen zu können, bedarf es weiterer längsschnittlicher sowie vor allem auch experimenteller Forschung. Die Größenordnung der hier identifizierten Zusammenhänge lässt allerdings vermuten, dass insoweit erhebliche Effekte bestehen könnten. Insofern ist weitere Forschung hier sehr relevant.

Mit Blick auf Auswirkungen internationaler Entwicklungen auf Muslimfeindlichkeit in Deutschland ist weiter in der künftigen Forschung zu beachten, dass nicht nur Geschehnisse im Iran, sondern auch Entwicklungen in anderen islamisch geprägten Ländern, wie beispielsweise in Afghanistan, in Deutschland erhebliche mediale Aufmerksamkeit erhalten und mit großer Anteilnahme verfolgt werden. Auch diese sollten insoweit von der Forschung im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Situation in Deutschland aufgegriffen werden. Insgesamt handelt es sich um politisch wie wissenschaftlich hoch relevante Fragen, die im Rahmen der weiteren Erhebungen von „Menschen in Deutschland: International“ auch künftig differenziert in den Blick genommen werden.

### Literatur

- Brettfeld, K., Kleinschnittger, J., Richter, Th. & Wetzels, P. (2023). Perspektiven auf die Klimakrise: Verbreitung von Sorgen wegen des Klimawandels und Einstellungen zur Weltklimakonferenz 2022. *MOTRA-Spotlight 01/23*. Wiesbaden: BKA. <https://doi.org/10.57671/motra-2023001>
- Decker, O., Kiess, J., Heller, A., Schuler, J. & Brähler, E. (2022), Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: neue Herausforderungen alte Reaktionen?*, (S. 31-90). Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Richter, T., Kleinschnittger, J., Brettfeld, K. & Wetzels, P. (2023). Bedrohung und Integration: Einstellungen zu Flüchtlingen in Deutschland. *GIGA-Fokus Global: Nr. 1/2023*. <https://doi.org/10.57671/gfgl-23011>
- Wetzels, P., Brettfeld, K., Endtricht, R., Farren, D. & Fischer, J.M.K. (2022). *Verbreitung extremismusaffiner politischer Einstellungen sowie Konfrontationen mit Intoleranz und politischem Extremismus in Deutschland 2021*. [MOTRA Forschungsbericht No. 4](https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10507) aus dem Institut für Kriminologie an der Fakultät für Rechtswissenschaft. Hamburg: Universität Hamburg. <https://doi.org/10.25592/uhhfdm.10507>.

**Weitere Informationen zur Studie „Menschen in Deutschland: International“ und deren Ergebnissen sind online unter <https://www.mid.uni-hamburg.de/mid-international/midint/midint-startseite.html> verfügbar.**